



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Strukturwandel und
Regionalentwicklung
Domplatz 12
39104 Magdeburg



INVESTITIONSBANK
SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Neues Europäisches Bauhaus (Förderaufruf Industriekultur)

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zur Verwirklichung der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ der Europäischen Kommission in

Finanzplanebene 15.04.0. – Impulse für Architektur, Bauwirtschaft und Zusammenleben im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB)

Die Förderung wird beantragt für:

☐

angewandtes NEB-Projekt (Finanzplanebene 15.04.1.)

Das beantragte Vorhaben hat einen Bezug zur Industriekultur

☐

Ja

☐

Nein

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

☐

Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde,
Verbandsgemeinde, sonstige Gemeindeverbände

☐

Verein/Verband

☐

außeruniversitäre Forschungseinrichtung

☐

öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche
Stiftung

☐

Sonstiges

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma

Gründungsdatum*

Bitte tragen Sie den Namen vollständig entsprechend Ihrer Registereintragung oder anderen zugrundeliegenden Dokumenten (z.B. Gesellschaftsvertrag) ein

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Branche/Tätigkeitsbereich*

Landkreis/ Kreisfreie Stadt

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer

E-Mail

Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Umsatzsteuer-ID (falls vorhanden)

Steuernummer (bitte immer angeben)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)

Vorsteuerabzugsberechtigt?

☐

Ja

☐

Nein

☐

teilweise mit

%

* nicht anzugeben bei Kommunen

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Gebäude/ Einrichtung (nur bei Investitionen in Gebäude)

Bitte beachten Sie, dass die Vorhaben bis zum 30.06.2027 abgeschlossen sein sollten.

Baujahr bzw. Jahr des Bauantrages/der Bauanzeige

Art des Gebäudes

2.5 Angaben zu Verbundpartnern

Der Antrag erfolgt als Verbundvorhaben mit mehreren Beteiligten. Ausführungen hierzu siehe Vorhabenskizze.

Hinweis: Jeder Beteiligte des Verbundvorhabens muss einen gesonderten Antrag stellen.

Anzahl der am Verbundvorhaben Beteiligten:

2.6 Angabe der Sollwerte zu Indikatoren (vorhabenbezogen)

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	Soll-Wert (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)	zugehörige Finanzplanebene
RPO07 – Bürgerbeteiligung (in Personen)		15.04.1. angewandte NEB-Projekte
Erläuterung: Bitte geben Sie hier die Anzahl der Personen an, die bspw. an Präsenzveranstaltungen oder Befragungen teilnehmen werden.		
Sofern diese Frage mit Null beantwortet wird: Ist sichergestellt, dass mindestens ein Verbundpartner eine Bürgerbeteiligung vorsieht?		☐ Ja ☐ Nein
RPO09 – Anzahl begleiteter Bau-Projekte		15.04.1. angewandte NEB-Projekte

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

3.1.1 Pauschalierte Förderung: Gesamtvolumen bis zu 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Personalausgaben	
vorhabenbezogene Sachausgaben	
vorhabenbezogene Geräteinvestitionen	
indirekte Ausgaben (insbesondere Büromaterial, Post- und Kommunikationsausgaben, Mieten sowie Steuern und Versicherungen)	
vorhabenbezogene Baumaßnahmen	
Summe	

3.1.2 Pauschalierte Förderung: Gesamtkosten über 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Personalausgaben*	
Restausgaben (40% d. direkten förderfähigen Personalausgaben, sog. Restkostenpauschale)	
Summe	

3.1.3. Nicht pauschalierte Förderung: Gesamtkosten über 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Geräte- und Bauinvestitionen (inkl. Nebenkosten, z. B. Planungsleistungen)	
vorhabenbezogene Personalausgaben*	
indirekte Ausgaben (10% der direkten förderfähigen Personalausgaben)	
Summe	

* Hinweise: Eine detaillierte Untersetzung der Personalausgaben erfolgt in der Anlage „Personalausgaben-Pauschale“.

3.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen (in Euro)

Jahr	geplante Gesamtausgaben	beantragte Zuwendung	geplanter Einsatz der Eigenmittel
20			
20			
20			
20			
20			
Summe			

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel (bitte bezeichnen)

----------------------	----------------------

----------------------	----------------------

Beantragte Zuwendung

Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

----------------------	----------------------

----------------------	----------------------

Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)

----------------------	----------------------

----------------------	----------------------

----------------------	----------------------

Summe der Finanzierungsmittel

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zur Verwirklichung der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ der Europäischen Kommission (Erl. der Staatskanzlei und dem Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt vom 25. Januar 2024 – MBI. LSA Nr. 05/2024 vom 05.02.2024, S. 94 ff nebst Erlass der Staatskanzlei vom 04.12.2024 - SSW 34333 - veröffentlicht unter www.ib-sachsen-anhalt.de/oeffentliche-einrichtungen/wissenschaft-und-forschung/neues-europaeisches-bauhaus/angewandte-neb-projekte-foerderung-industriekultur) in der jeweils gültigen Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P und ANBest-Gk werden anerkannt.

- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Mir/Uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

Ich/Wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder

- a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
- b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
- c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
- d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.

Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Hiermit versichere ich/versichern wir, dass bei der Planung des Vorhabens auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Vorhaben mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt wurden und damit Vorkehrungen getroffen wurden, die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Förderung des beantragten Vorhabens, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/müssen
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird (gilt nicht bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nicht insolvenzfähig sind).
- e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir erkläre(n), dass die Förderung sich ausschließlich auf den nichtwirtschaftlichen Bereich der Forschungseinrichtung bzw. der Forschungsinfrastruktur bezieht und dass im Falle der Ausübung von wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten die Kosten, Erlöse und Finanzierungen klar voneinander getrennt werden. Ich/Wir können zu diesem Zweck eine getrennte Buchführung für beide Bereiche nachweisen (bitte ankreuzen).
- ☐ Ja ☐ Nein
- h) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- i) Ich versichere/Wir versichern, dass die Forschungsergebnisse der geförderten Vorhaben eine weite Verbreitung auf nichtausschließlicher und nichtdiskriminierender Basis, zum Beispiel durch Lehre, frei zugängliche Datenbanken, allgemein zugängliche Veröffentlichungen, Konferenzen, Open-Access-Repositorien oder durch gebührenfreie Software beziehungsweise Open-Source-Software finden. (Ziffer 4.8 der Richtlinie)
- j) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- k) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind
- l) *Bei investiven Maßnahmen:* Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage o-der dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- m) Ich erkläre/wir erklären auch, dass gemäß Artikel 66 Absatz 2 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 16 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen wurde, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll. Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun.
- n) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.
- o) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- p) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- q) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

- r) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐

Ja

☐

Nein

- s) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 1.1, 2.1, 2.2, 2.3., 2.4, 2.5, 2.6, 3.1.1, 3.1.2, 3.1.3, 3.2, 3.3, 4., 5. a), b), c), d), e), f), g), h) i), j), k), l), m), n) und o) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33. und 34. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal). Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des [IB-Kundenportals](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal) ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum [IB-Kundenportal](https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal) finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 100.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird. Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit- /Zuschuss-/ Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/ uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

Auf unserer Homepage finden Sie unter „<https://www.ib-sachsen-anhalt.de/datenschutzhinweise>“ eine umfassende Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie die Rechte, die Ihnen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zustehen. Wir bitten Sie, jede betroffene natürliche Person, deren personenbezogene Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung verarbeitet werden, auf die jeweilige Verarbeitungstätigkeit und Verantwortung im Rahmen dieser Prozesse sowie auf die oben genannten Datenschutzhinweise aufmerksam zu machen.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)